

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 26.06.2026

Gesundheitsberufliche Bildung braucht konstruktive Reformen

Nach den mühsam ausgehandelten Reformschritten der letzten Dekade hin zu einer besseren Gesundheitsversorgung und einer zukunftsorientierten gesundheitsberuflichen Bildung vollzieht die amtierende Bundesregierung jetzt den Kurswechsel. Handstreichartig sollen erste Erfolge bei Personalstabilisierung und Bildungsentwicklung zunichte gemacht werden.

Reallohnkürzungen, Stellenabbau, krankmachende Arbeitskultur, permanent erzwungene Verletzung ethischer Grundsätze: das sind die absehbaren Folgen der aktuellen gesundheitspolitischen Vorhaben zur GKV-Beitragsstabilisierung und Pflegeneuordnung für diejenigen Menschen, die uns in gesundheitlichen Problemlagen professionell unterstützen. Auf weniger, schlechtere und teurere Versorgung müssen sich alle einstellen, die sich private Zusatzdienste nicht leisten können; dies betrifft den Großteil der Bevölkerung.

Auch die Auswirkungen auf die gesundheitspolitische Bildung sind absehbar bzw. zeigen sich bereits. Die vor Jahren begonnene Reform der Therapieberufe wurde für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt, weil man die erforderlichen Mittel für die Länder nicht bereitstellen mag. Der Lehrendenbildung fehlen professionelle Qualitätsstandards und eine nachhaltige Finanzierung. Erste kleine Erfolge zur wissenschaftlichen Fundierung der Pflegebildung über das Pflegestudiumsstärkungsgesetz werden im Keim erstickt, weil die Finanzierung der Studienplätze immer prekärer wird.

Die größten Verheerungen sind in den dreijährigen Fachausbildungen zu erwarten. Durch die sich absehbar verschlechternden Arbeitsbedingungen und Gehaltseinbußen verlieren die Gesundheitsfachberufe wieder bzw. weiter an Attraktivität. Insbesondere die Qualität der praktischen Ausbildung wird merklich sinken und noch mehr Ausbildungsabbrüche provozieren: Praxisanleitung und -begleitung sind messbar zentrale Einflussgrößen auf Ausbildungszufriedenheit und Ausbildungserfolg. Wenn infolge von Stellenabbau und Arbeitsverdichtung kaum noch zeitliche und personelle Ressourcen für die praktische Ausbildung zur Verfügung stehen, entsteht ein Teufelskreis aus Mangelqualifizierung und Personalnotstand. Auch hier wird sich die zuletzt statistisch messbare Tendenz steigender Auszubildendenzahlen in der Pflege wieder ins Gegenteil verkehren.

Der BLGS fordert, die positiven Reformbemühungen der letzten Jahre fortzuführen und zu verstärken. Wir benötigen verlässliche und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Gesundheitsberufe in allen Settings, hohe Qualitätsstandards in der gesundheitsberuflichen Bildung, Stärkung der Akademisierung mit Entwicklung adäquater Befugnisse und eine dauerhaft auskömmliche Bildungsfinanzierung in allen Qualifikationsstufen.

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement. Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR).